



Inhaltsverzeichnis

11.03.2026	die tageszeitung: Mit Mini-AKW's in die verstrahlte Zukunft	3
10.03.2026	BUSINESS INSIDER (Deutschland): Bund macht leere Versprechen bei Plänen zum Atomendlager	4
11.03.2026	Westdeutsche Allgemeine WAZ Oberhausen: „Unverantwortlich“: Linke protestieren gegen Castortransport	6
10.03.2026	regionalHeute: Konradfonds schüttet für 2025 weitere 1,5 Millionen Euro aus	7

Mit Mini-AKW's in die verstrahlte Zukunft

Beim Pariser Atomgipfel stellt EU-Chefin von der Leyen Pläne vor, Milliarden in Europas „Renaissance der Kernenergie“ zu investieren

In Paris fand am Dienstag auf Einladung von Staatspräsident Emmanuel Macron und mit der Patenschaft der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) der zweite internationale Gipfel zur zivilen Atomenergie statt. Im Zentrum stand klar der Bau neuer AKW's in der Welt. Am Dienstag ist es 15 Jahre her seit der Katastrophe von Fukushima und bald 40 Jahre seit Tschernobyl. Zuletzt war die Atomenergie durch die Katastrophen und ungelösten Probleme der Atommüllentsorgung deutlich weniger populär. Jetzt steigt offenbar erneut das Interesse daran. EU-Kommissionsvorsitzende Ursula von der Leyen bezeichnete beim Gipfel den europäischen Rückzug aus der Atomkraft als „strategischen Fehler“. Denn bei der Atomenergie handele es sich um eine „zuverlässige, bezahlbare Quelle emissionsarmer Energie“. Sie befürwortet eine Rückkehr der EU zum Atomstrom, dessen Anteil 1990 noch rund 30 Prozent betragen habe, dann aber auf circa 15 Prozent gesunken sei.

Die CDU-Politikerin von der Leyen stellte dazu einen Plan vor, der dem Bau von Mini-AKW's, sogenannten Small Modular Reactors (SMR), vor den „herkömmlichen“ Großanlagen den Vorzug gibt. Die EU unterstütze mit einer Garantie in der Höhe von 200 Millionen Euro die

Entwicklung neuer Nukleartechnologien durch private Unternehmen. Europa müsse bis Anfang der 2030er-Jahre führend im SMR-Bereich sein, der zu einem Exportschlager werden könne. Zudem soll die Atomenergie dazu beitragen, die Strompreise für die Verbraucher zu senken und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu stärken. Der nächste EU-Haushaltsplan soll 5 Milliarden Euro für die Forschung im Bereich der Kernfusion vorsehen. Die kriegsbedingte Erdölversorgungskrise in der Golfregion verhalf dem internationalen Gipfeltreffen in Paris zu zusätzlicher Aktualität und Bedeutung. Die Situation veranlasse, dass Europa seine energiepolitischen Modelle überprüfen müsse, erklärte Gastgeber Macron: „Diese müssen in der Lage sein, die Dekarbonisierung, Beschäftigung und Unabhängigkeit in der Energieversorgung unter einen Hut zu bringen.“

Für Frankreichs Staatschef, wo 57 Reaktoren mehr als 70 Prozent des Stroms produzieren, steht der weitere Ausbau der Atomenergie mit 6 neuen Reaktoren im nächsten Jahrzehnt bereits fest. Und er hofft sehr, dass andere Länder in diesem Sinne mitziehen und dabei insbesondere auf die französische Techno-

logie zurückgreifen. Derzeit betreiben 30 Länder insgesamt rund 450 Reaktoren. Doch laut IAEO-Generaldirektor Rafael Grossi hätten 40 andere Staaten, darunter namentlich Argentinien und Südafrika, „klares Interesse“, ihre Elektrizität mit Atomreaktoren zu produzieren. 40 Staaten waren am Gipfel vertreten, nicht eingeladen war Russland.

Die Nachfrage nach elektrischem Strom steigt weltweit. Nicht zuletzt wegen des enormen Energieverbrauchs für Serveranlagen der künstlichen Intelligenz. Für Fatih Birol, dem Direktor der Internationalen Energieagentur (IEA), besteht die Antwort darauf in einer „forcierter Rückkehr zur Atomenergie“, ergänzend zum Ausbau von Solar-, Wind- und anderen erneuerbaren Energien. Wie andere NGOs kritisierte Greenpeace am Rande des Pariser Gipfels diese ungeteilte Begeisterung für die Zukunft der Atomspaltung oder -fusion als kostengünstige Energiequelle und Lösung für die Energiewende. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) in Berlin hatte 2024 in einer Studie gewarnt, Nachteile und ungeklärte Fragen von Mini-AKW's überwiegen, die Markteinführung sei nicht absehbar.

Wörter:	492	Jahrgang:	2026
Autor/-in:	Aus Paris Rudolf Balmer	Nummer:	20260311
Seite:	10 bis 10	Ausgabe:	Einzelausgabe
Rubrik:	wirtschaft + umwelt	Auflage ¹ :	26.122 (gedruckt)
Medienkanal:	PRINT		47.587 (verkauft)
Mediengattung:	Tageszeitung		49.527 (verbreitet)
Medientyp:	PRINT	Reichweite ² :	0,33159 (in Mio)

¹Verlag 01/2026
²AGMA ma 2025 Tageszeitungen

Bund macht leere Versprechen bei Plänen zum Atomendlager

Die Bundesregierung will mehr Tempo in die Suche nach einem Atomendlager bringen. Doch ein Gesetzentwurf des Bundesumweltministeriums wird Experten zufolge nicht den Durchbruch bringen. Deutschlands Atommüll lagert demnach noch jahrzehntelang in 16 oberirdischen Hallen.

Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine spricht die Bundesregierung viel über eine „neue Bedrohungslage“. Spätestens seit Linksterroristen Anfang des Jahres Teile von Berlin in einen Blackout stürzten, ist der „Schutz kritischer Infrastrukturen“ eine Priorität des Kabinetts von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU).

Allein das von Carsten Schneider (SPD) geführte Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMUKN) sieht die Lage offenbar weiter entspannt. Unter Schneiders Verantwortung werden in 16 Lagerhallen deutschlandweit rund 1700 Castor-Behälter verwahrt, von denen jeder einzelne so viel radioaktive Strahlung enthalten kann, wie bei der historischen Reaktorkatastrophe von Tschernobyl freigesetzt wurde. Geht es nach den vorläufigen Plänen aus dem Umweltministerium, wird sich daran bis gegen Ende des Jahrhunderts nicht viel ändern.

Das zeigt sich in einem noch internen Referenten-Entwurf zur Beschleunigung der Endlagersuche, der der WELT AM SONNTAG (wie BUSINESS INSIDER (BI) von Axel Springer) vorliegt. Darin geht es lediglich um eine operative „Optimierung“ einer Standortsuche – die weiterhin erst zu Lebzeiten der nächsten oder übernächsten Generation zu einem Ergebnis führt. An dem mit bürokratisierten Vorgaben über-

frachteten Suchverfahren ändert sich im Grundsatz nichts.

Hinter der Lässigkeit der Ministerialen steht womöglich die Erkenntnis, dass selbst ein Offenbarungseid der Endlager-Verantwortlichen keine größeren politischen Konsequenzen hat. So war es jedenfalls 2022, als die mit der Ausführung beauftragte Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) den verutzten, im „Nationalen Begleitgremium“ versammelten Bürgervertretern offenbarte, dass man es leider doch nicht schaffen werde, bis zum Jahr 2031 einen Standort für ein Atomendlager zu finden.

Dieses Zieldatum stehe zwar im „Standortauswahlgesetz“ (StandAG) von 2017. Leider sei diese Gesetzesvorgabe aber völlig unrealistisch gewesen, hieß es nun. Vor dem Jahr 2074 werde man nicht sagen können, wo der Atommüll hin soll. Seit einer Überprüfung durch das aufsichtführende Bundesamt für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung (BASE) im Jahr 2024 steht fest: Selbst das Zieldatum 2074 kann nur unter „idealen Bedingungen“ erreicht werden.

Nachdem allein die Standortwahl also gut 40 Jahre länger dauert als gedacht, folgen noch eine jahrzehntelange Erkundungs- und Bauphase sowie die richterliche Klärung aller juristischen Einsprüche. Der Atommüll wäre also erst in knapp 100 Jahren unter der Erde – und müsste bis dahin oberirdisch in Zwischenlagern verwahrt werden. Die Atomscene reagierte geschockt. Bundesumweltminister Schneider beschwichtigte und sagte, eine „deutliche Beschleunigung“ sei „möglich und nötig“.

Verzicht auf Erkundungsbergwerke

Wie genau, darüber hat sich die Fachebene im Ministerium den Kopf zerbrochen und eine Gesetzesnovelle erarbeitet. Die „Einbindung und Billigung der Hausleitung“, also des Ministers, liege zwar noch nicht vor, teilte ein Sprecher mit. Ziel des neuen Gesetzes sei es jedoch, „die Endlagersuche bis Mitte des Jahrhunderts abzuschließen“.

Ob das gelingt, ist fraglich. Im Kern geht es im Gesetzesentwurf darum, bei der Suche nach einem Endlagerstandort auf untertägige Erkundungen zu verzichten und die Eignung allein über Seismik und einige Bohrungen zu bestimmen. Das bisherige StandAG sah die Anlage von „Erkundungsbergwerken“ noch zwingend vor. Zur Erforschung des bereits aussortierten Salzstocks Gorleben hatte man sogar für mehr als 2,1 Milliarden Euro ein ganzes Tunnelsystem ausbohren lassen.

Doch Ende vergangenen Jahres stellte der Experte für Endlagersysteme Klaus-Jürgen Röhlig in einem Gutachten für die Entsorgungskommission (ESK) des Bundes fest, dass Erkundungsbergwerke nur im Einzelfall, etwa bei einigen Salzstöcken, einen Erkenntnisgewinn brächten. Obligatorisch vorschreiben müsse man sie nicht. Dem folgen nun die Referenten in ihrem Gesetzesentwurf.

Lässt sich durch den Verzicht viel Zeit gewinnen? Auf den ersten Blick sieht das so aus: Nach aktueller Gesetzeslage hat der Bundestag noch dreimal mitzureden: Zunächst soll die für 2027 geplante Festlegung von fünf bis zehn möglichen „Standortregionen“ in ein eigenes Gesetz gegossen werden. Danach, so um das Jahr 2048 herum, sollten die Abgeordneten auch den Beginn der untertägigen Erkundung per Ge-

setz bestätigen. Am Ende, drittens, sollte der Gesetzgeber auch noch die finale Wahl des einen „bestmöglichen“ Standorts absegnen.

Deutschland sucht „bestmöglichen“ Standort

Jetzt will man sich durch Abschaffung der „Phase III: Untertägige Erkundung“ zumindest einmal den womöglich langwierigen Parteienstreit im Bundestag sparen. Doch so ganz viel bringt das wohl nicht. In einer BGE-Hauspostille erklärte Christian Kühn, Präsident des Aufsichtsamtes BASE, so „ließe sich das Erkundungsverfahren um mindestens ein Jahrzehnt verkürzen“. Das heißt freilich: Statt „unter idealen Bedingungen“ wird der Standort nicht 2074, sondern 2064 feststehen – wobei von „idealen“ Verfahrensabläufen in der Endlagerpolitik niemand mehr ausgehen kann.

An die eigentlichen Hindernisse traut sich der Gesetzentwurf nicht heran: Während alle anderen Länder lediglich einen „geeigneten“ Endlagerstandort suchen, will Deutschland den „bestmöglichen“ finden. Das erfordert die zeitraubende, vergleichende Erforschung vieler Standorte, samt Studien, Messungen, Bürgerbeteiligungen, Regionalkonferenzen und dergleichen mehr.

Auch müssen alle infrage kommenden Wirtsgesteine Ton, Steinsalz und Kristallin (Granit) weiterhin durchs Verfahren geschleppt werden, obwohl bereits jetzt völlig unwahrscheinlich ist, dass die abschließende Wahl auf ein Atomendlager in Granit-Formationen fällt.

Denn ESK-Gutachter Röhlig hatte in seiner Empfehlung eine Ausnahme formuliert: Im kristallinen Gestein sei die Zerklüftung allein durch oberirdische Verfahren nicht erforschbar. Nötig sei hier ein Erkundungsbergwerk, das sogar „genauso groß wie das Endlagerbergwerk sein müsste“.

Käme es also zur Auswahl einer Granit-Formation als Endlager, müssten kilometerlange Stollen in den Fels gebohrt werden, wobei sich ganz am Ende noch herausstellen kann, dass der Standort doch nicht die „bestmögliche“ Wahl war. Dabei hat auch die BGE bereits heute 36 von 90 möglichen Teilgebieten erforscht und dabei 95 Prozent der kristallinen Gebiete ausgeschlossen.

„Im Falle des Kristallins gibt es eine ganze Reihe von Gründen, weshalb diese Vorkommen in Deutschland keine bestmöglichen Standorte erwarten lassen“, urteilt der Nuklearwissenschaftler und frühere Abteilungsleiter im Bundesamt für Strahlenschutz, Bruno Thomauske. „Dass sich durch Verzicht auf über- plus untertägige Erkundung Zeit einsparen lässt, ist ausschließlich dann richtig, wenn für keinen Standort eine Nachweisführung über ein Bergwerk erforderlich wird.“

Der Glaube an einen transparenten Suchprozess ist aber schon wegen der Doppelrolle des Bundesumweltministeriums erschüttert: Schneiders Staatssekretäre machen einerseits als Aufsichtsräte in der operativen Suchgesellschaft BGE Vorgaben – und stellen sich in ihrer Eigenschaft als Fach- und Rechtsaufsicht in der Aufsichtsbehörde BASE

dann dafür ihre eigenen Genehmigungen aus.

„Bei dieser Konstruktion kommt fachliche Wahrheit nur auf den Tisch, wenn sie politisch opportun ist“, kommentiert Thomauske. Konsequenter wäre es, das BASE etwa nach dem Vorbild der Bundesnetzagentur politisch unabhängig aufzustellen. Doch daran hatten die Gesetzesautoren im Bundesumweltministerium ganz offensichtlich kein Interesse.

Auch der frühere Präsident des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), Wolfram König, hält den Gesetzentwurf für ungenügend. „Es gilt, eine Festlegung zu treffen, wie lange wir das höhere Risiko einer oberirdischen Zwischenlagerung noch tragen können, und ausgehend von diesem Zieldatum das Suchverfahren anzupassen“, sagte der langjährige BASE-Präsident: „Wir verfügen zum Beispiel heute schon über ausreichend Informationen, um weniger geeignete Ausformungen von Wirtsgesteinen und damit große Regionen aus dem weiteren Suchprozess auszuschließen.“

Es sei für ihn „unverständlich“, dass die Arbeitsebene des Ministeriums „zeitraubende Verfahrensregeln des Standortsuchgesetzes, die nicht im Kern dem Sicherheitsgewinn dienen, unangetastet lässt“. Es wäre, so König, „für die Glaubwürdigkeit und Akzeptanz einer sicheren Endlagerung in Deutschland verheerend, wenn die Öffentlichkeit ein weiteres Mal mit unhaltbaren zeitlichen Versprechen konfrontiert würde“.

Wörter:	1.161	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Daniel Wetzels	Visits (VpD) ¹ :	358.818
	http://www.welt.de	Unique Users	69.000
Rubrik:	Politik	(UUpD) ² :	
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.businessinsider.de/politik/bund-macht-leere-versprechen-bei-plaenen-zum-atomendlager/>

¹ von PMG gewichtet 11-2025

² gerundet agof ddf Ø-Tag 2023-01 vom 08.03.2023, Gesamtbevölkerung 16+

„Unverantwortlich“: Linke protestieren gegen Castortransport

300.000 Brennelemente sollen demnächst von Jülich nach Ahaus ziehen. Führen die Transportrouten durch Oberhausen? Die Linke ist alarmiert.

Markus Grafenschäfer

Oberhausen Rolllt bald radioaktiver Müll durch Oberhausen? Die örtliche Linkspartei hat sich jetzt gegen mögliche Castortransporte über die Autobahn A2 im Sommer ausgesprochen. Im Detail geht es um 152 Behälter mit 300.000 Brennelementen, die vom Versuchsreaktor in Jülich in das Zwischenlager Ahaus gebracht werden sollen.

Demnach genehmigte das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) bereits Mitte 2025 den Transport. Ein genaues Datum dafür steht allerdings bisher nicht fest, die offizielle Genehmigung reicht bis zum 31. August 2027. Allerdings ist die Route nicht festgeschrieben, sie muss nicht über die A2 laufen. Die Linke beruft sich aber auf die Umweltverbände, die von dieser Strecke ausgehen. Die Fraktion teilt mit den Verbänden außerdem die Sorgen vor möglichen Zwischenfällen.

„Transporte von radioaktiven Stoffen durch dicht besiedelte Stadtgebiete und Ballungszentren wie das Ruhrgebiet sind unverantwortlich und müssen dringend verhindert werden“, sagt Lin-

ken-Stadträtin Heike Hansen. Die Fraktion fordert, den Atommüll in Jülich zu lassen, da er in Ahaus auch nur bis 2036 gelagert werden dürfe. Gerade dieser Aspekt mache den möglichen Transport „widersinnig“.

Das Bundesamt BASE erteilt diesem Vorschlag eine klare Absage, denn das Jülicher Zwischenlager kann nicht weiterbetrieben werden. Schon 2013 lief die Genehmigung ab, unter anderem wegen möglicher Erdbeben in der Region. Ein neues Sicherheitskonzept lehnte das Bundesamt schließlich im Oktober 2024 endgültig ab. Die Castoren müssen deswegen jetzt nach Ahaus. Die Diskussion könnte sich daher auch in Oberhausen über Monate ziehen, da ein Transport maximal drei Behälter hat.

Auch die Stadt kennt keine Details zum Transport

Wie und wann die Brennelemente ihren Standort wechseln, ist allerdings unklar. Das NRW-Umweltministerium erklärt hierzu: „Zum Schutz vor Einwirkungen auf den Transport können der Öffentlichkeit aus Gründen des staatlichen Geheimschutzes keine konkre-

ten Informationen oder Auskünfte erteilt werden.“ Davon ist auch der genaue Routenweg betroffen.

Die Oberhausener Linke bekam dies bereits zu spüren. Die Fraktion stellte eine „Kleine Anfrage“ bei der Stadtverwaltung, inwieweit das Rathaus Kenntnis über den möglichen Transport der Brennelemente habe. Die Antwort: Weder Stadt noch Feuerwehr wissen etwas, da das Thema unter Verschluss sei. Die Einsatzkräfte gehen aber von keiner Gefahr aus, da die Castorbehälter „als extrem sicher, robust und strahlungsabschirmend gelten“. Selbst bei Unfällen würde keine radioaktive Strahlung austreten.

Schon Anfang des Jahres rückten mögliche Castortransporte von Jülich nach Ahaus über die Autobahn A2 in den Fokus. In Bottrop demonstrierten am 24. Januar 2026 rund 110 Teilnehmerinnen und Teilnehmer friedlich. Unter anderem beteiligten sich die Bottroper Grünen und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen an dem Protest.

Wörter: 442
Autor/-in: Markus Grafenschäfer
Seite: 16
Ressort: Lokales
Medienkanal: PRINT
Mediengattung: Tageszeitung
Medientyp: PRINT

Jahrgang: 2026
Nummer: 59
Ausgabe: Nebenausgabe
Auflage¹: 5.798 (gedruckt)
6.653 (verkauft)
6.759 (verbreitet)
Reichweite²: 0,032 (in Mio)

¹ von PMG gewichtet 01/2026

² von PMG gewichtet 7/2025

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 regionalHeute

Konradfonds schüttet für 2025 weitere 1,5 Millionen Euro aus

10. März 2026 15:54 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Salzgitter. Kuratoriumsvorsitzender Oberbürgermeister Frank Klingebiel stellt erfreut fest: „In einer dritten und letzten Beratungsrunde für das Förderjahr 2025 hat das Kuratorium der Endlager Konrad Stiftungsgesellschaft mbH unter meinem Vorsitz nun für weitere 11 Projekte Förderungen in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro beschlossen.“ Darauf weist die Salzgitteraner Stadtverwaltung jetzt in einer Pressemitteilung hin.

Die Förderbeträge gehen demnach mit 2.300 Euro für Ausrüstung der Schießsportgemeinschaft Lebenstedt, über 27.000 Euro für einen Radlader für Pflege- und Bewirtschaftungsarbeiten des Reitvereins Salzgitter am Mahner Berg bis zu zwei Großprojekten des Reitvereins Salzgitter in Salder mit 580.000 Euro und des VfL Salder mit 626.000 Euro.

Der Reitverein könne damit dringend notwendige Instandsetzungen der Dächer durchführen, der VfL Salder sein „mehr als nur in die Jahre gekommenes“ Kabinen- und Vereinsgebäude zeit- und funktionsgemäß umbauen. Frank Klingebiel führt stolz weiter aus: „Mit diesen letzten Beschlüssen haben wir im Förderjahr 2025 insgesamt 125 Projekte mit rund 3 Millionen Euro gefördert. Es gibt keine Stiftung in unserer Region, die eine dermaßen hohe Gesamtfördersumme pro Jahr ausschüttet. Unsere Endlager Konrad Stiftungsgesellschaft mbH ist eine wirklich starke Stütze unseres so enorm wichtigen Ehrenamtes. Die Bandbreite der Projekte ist genauso vielfältig wie unsere Stadtgesellschaft. Das ist mir, aber auch dem gesamten Kuratorium, sehr wichtig.“ Die Geschäftsführungen Simone Kessner und Rainer Dworog ergänzen: „Für das neue Förderjahr läuft die Antragsfrist für Förderprojekte noch bis 31. März 2026. Die ersten Beschlüsse zu den diesjährigen Förderungen erfolgen voraussichtlich im zweiten Quartal 2026. Wir und die Kuratoriumsmitglieder freuen uns auf neue Anträge.“ Antragsformulare und Förderrichtlinien sowie weitere Informationen zum Konrad-Fonds seien auf der auf der städtischen Homepage unter www.salzgitter.de (Stichwort: Konradfonds) zu finden. Eine Neuerung gibt es auch: Erstmals sei auch die Online-Antragstellung über das Serviceportal möglich.